

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß

HANS-GÜNTHER BRÜSKE

Teilhabe an der EG-Reform

Am 1. Mai 1985 verursachte ein Bombenanschlag erheblichen Schaden an dem Gebäude des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Gemeinschaften (WSA). Obgleich der Anschlag eigentlich dem benachbarten belgischen Unternehmerverband galt, wurde die Tätigkeit des Ausschusses in den folgenden Monaten teilweise erheblich beeinträchtigt¹. Weniger spektakulär verliefen die Arbeiten des als „beratende Versammlung zur Vertretung von Wirtschaft und Gesellschaft“² tätigen EG-Organs.

Zunächst gab es den ersten Höhepunkt der WSA-Chronik am 31. Januar mit dem Auftritt des Präsidenten Gerd Muhr vor dem Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooqe-Ausschuß)³, dem bereits im Dezember 1984 die Darlegung der WSA-Haltung in Bezug auf die Konzepte für das „Europa der Bürger“⁴ vorausgegangen war.

WSA-Präsident Muhr machte bei Verwendung der EG-üblichen Terminologie – manche Passagen klangen geradezu beschwörend – immerhin im Namen der europäischen aber auch der nationalen Verbände und Vereinigungen deutlich, daß es bei der Weichenstellung über die Weiterentwicklung der EG eben darum geht, „den entscheidenden Schritt zur Europäischen Union zu tun“⁵. Konkret und aus der Sicht der wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertreter soll dabei die Vollendung des Binnenmarktes gelingen, um ein „Europa der zweiten Generation“⁶ gestalten zu können. Es ist – wie häufig bei politischen Entscheidungsfindungsprozessen – nicht dokumentiert, welche Wirkung Muhr erzielte. Was die Einflußnahme des WSA auf die Reformdebatte insgesamt anbelangt, so litt sie vor allem unter einem alten Dilemma: auf der Ebene der Ständigen Vertreter findet der WSA wenig Beachtung. Diese ‚Vorkammer für EG-Entscheidungen‘ orientiert sich vorzugsweise an den Auffassungen von Kommission, Parlament und natürlich den nationalen Regierungen⁷. Bei Würdigung dieses Sachverhaltes war es ein nicht unerhebliches Ereignis, daß es am Vorabend der Regierungskonferenz über die Reform der EG zu einer Begegnung zwischen WSA-Repräsentanten und dem Europäischen Rat kam. Als veritable Premiere wird seitdem im WSA das Gespräch angesehen, das der amtierende Ratspräsident und luxemburgische Regierungschef Santer u.a. mit Präsident Muhr und dem Generalsekretär des Ausschusses, Louet, führte⁸.

Die institutionellen Kernforderungen wurden dabei noch einmal in drei Punkten zusammengefaßt: „1. Die verstärkte Anwendung des Mehrheitsprinzips im Ministerrat; 2. Eine stärkere Mitwirkung des Europäischen Parlaments an der Gesetzgebung der Gemeinschaft; 3. Eine angemessene Einordnung der beratenden Funktion, im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialausschusses, in das institutionelle Gefüge der Gemeinschaft. Dies bedeutet u.a. eine Ausrichtung seiner Tätigkeit nicht nur auf Kommission und Rat, sondern auch auf das Europäische Parlament“⁹. Besonders die letzte, wirklich neue Möglichkeiten eröffnende Forderung ist in das schließlich verabschiedete Dokument nicht eingegangen¹⁰. Allerdings findet der WSA mehrmals Erwähnung im Hinblick auf seine beratende Tätigkeit für Rat und Kommission¹¹. Die angestrebte Reform der EG wird also an der institutionellen Stellung des WSA substantiell nichts ändern. Will der Ausschuß an seiner Beratungskompetenz für das Europäische Parlament festhalten – sie ist was den Sachverstand angeht übrigens unbestritten –, so kann dies auch weiterhin, wie bisher praktiziert, geschehen. Ein offizieller Auftrag durch den Rat dafür ist später wahrscheinlich auch ohne Vertragsergänzung denkbar, sofern der politische Wille gegeben ist.

Im Berichtsjahr verordnete sich der WSA eine Änderung seiner Geschäftsordnung: Bezweckt wird damit die Anpassung des Entscheidungs- und Arbeitsablaufs des Ausschusses an die Gegebenheiten nach dem Beitritt von Spanien und Portugal zum 1. Januar 1986, was u.a. auch eine Erweiterung des Präsidiums bedeutet¹². Die neue Fassung der Geschäftsordnung fand im großen und ganzen die Billigung des Rates, der die dafür zuständige Genehmigungsinstanz ist. Allerdings erfolgte eine Vorprüfung der neuen Bestimmungen durch den Ausschuß der Ständigen Vertreter, der einige redaktionelle Korrekturen an den WSA-Formulierungen vornahm¹³.

Neuorientierung der PR-Aktivitäten

In Erkenntnis der Tatsache, daß „der unbestreitbare Beitrag, den der Wirtschafts- und Sozialausschuß zur Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft leistet, über den Kreis der Europafachleute hinaus leider nur einem begrenzten Personenkreis bekannt ist“¹⁴, will und muß der WSA Maßnahmen ergreifen, um aus der Ignoranzzone der europäischen Integrationspolitik herauszukommen. Das Ausschußpräsidium widmete der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am 17. Dezember sogar eine Sondersitzung. Bei dem Feldzug für mehr öffentliches Interesse sollen die WSA-Mitglieder selbst, vorzugsweise im nationalen Raum, wo sie überwiegend tätig sind, die Benachteiligung des WSA herausstellen und für seine Arbeit werben. Auf der institutionellen Ebene soll eine aggressivere Informationspolitik betrieben werden, zum Beispiel durch mehr Vorabinformation für Journalisten, durch deren Einladungen zu Plenartagungen und Arbeitssessen. Es soll ein breitgefächertes Instrumentarium an Informationsmitteln geschaffen werden. Plenartagungen sollen jahresweise wechselnd in allen Mitgliedstaaten durchgeführt werden.

Im Überblick: Die Arbeit des Ausschusses 1985

In 1985 erarbeitete der WSA insgesamt 100 Stellungnahmen, wovon fünf aufgrund eigener Beschlüsse (also ohne Anfragen von Kommission und Rat) zustande kamen. Daneben griff der Ausschuß in acht Informationsberichten EG-relevante Themen auf, um all deren gesellschaftliche, wirtschaftliche sowie politische Facetten aufzuzeigen: Ein Beispiel ist die Studie über die „Demographische Lage in der Gemeinschaft“¹⁵. Neue Arbeitsaufträge (Befassungen) erhielt der Ausschuß in 1985 von Rat (72) und Kommission (12); acht Themen wurden darüber hinaus für so wichtig erachtet, daß sie in Initiativstellungnahmen behandelt werden sollen. Wie gehabt stellte die Agrarpolitik das problematischste Sujet dar. „Angesichts der komplizierten Lage in der Landwirtschaft und der vielfältigen Interessen (. . .)“¹⁶, gelang es dem WSA nicht, eine Stellungnahme betreffend die Festsetzung der Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1985/86 abzugeben. Vor diesem Problem wurde aufgrund der Heterogenität der Interessen kapituliert. Allerdings fand sich für die „Perspektiven der gemeinsamen Agrarpolitik“ – also für die nicht akute Problemlösung – dann eine überzeugende Mehrheit¹⁷. Gleiches gilt für die Initiativstellungnahme „Lage und mittelfristige Aussichten des gemeinschaftlichen Fischereisektors“¹⁸. Zu einer engen Zusammenarbeit von WSA und dem Europäischen Parlament kam es beim Thema Annäherung der sozialen Strukturen im Straßengüterverkehr, nachdem erst einmal innerhalb des Ausschusses recht mühsam ein Konsensus gefunden wurde. Die darin formulierten Positionen machte sich dann das Parlament weitgehend zu eigen¹⁹. Zustimmung seitens des WSA fand die im Jahreswirtschaftsbericht 1985/86 der Kommission skizzierte Doppelstrategie, einerseits eine Politik zu betreiben, „die durch eine Kostensenkung den Weg für eine mehr Arbeitsplätze schaffende Erweiterung der Produktionskapazität bereitet und parallel hierzu einer nachfragestützenden Politik, die einen globalen Kaufkraftrückgang und der Deflationsgefahr vorbeugen muß“²⁰. Dagegen bedauert der Ausschuß in Bezug auf die Vorschläge der Kommission über die „Vollendung des Binnenmarktes“ das Fehlen der sozialen Dimension im Weißbuch²¹. Die Beziehungen zwischen der EG und Lateinamerika behandelte der WSA auch unter dem Gesichtspunkt, bei konkreten Vereinbarungen Klauseln über soziale Mindestarbeitsnormen sowie über die Menschenrechte aufzunehmen und Sanktionen anzudeuten²². Vom 18.–20. September 1985 fand das neunte Jahrestreffen mit Vertretern des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der AKP- und EWG-Staaten am Sitz des WSA in Brüssel statt. Es war das letzte Treffen dieser Art vor dem Inkrafttreten des 3. Abkommens von Lomé, das als Neuerung u.a. ausdrücklich vorsieht, daß die Paritätische Versammlung für „Kontakte und Konsultationen mit den Vertretern der Wirtschafts- und Sozialkreise der AKP-Staaten und der Gemeinschaft sorgt, um deren Stellungnahme zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens einzuholen“²³.

Kritische Fallbeispiele: Europäisches Fernsehen und Film- und Fernsehproduktionen

Über das Kommissionswerk „Grünbuch über die Errichtung des gemeinsamen Marktes für den Rundfunk, insbesondere über Satellit und Kabel“²⁴ verabschiedete der WSA nach den Vorarbeiten eines Unterausschusses, der siebenmal tagte, eine Intitativstellungnahme²⁵, in der besonders kritisiert wurde, daß die Kommission die politischen Aspekte der Beschäftigungs- und Verbraucherfragen nicht hinreichend behandelt habe. Implizit soll damit die Enttäuschung signalisiert werden, nicht am Entstehen des Grünbuchs mitgewirkt zu haben, obwohl 1983 Kommission und WSA eine engere Zusammenarbeit im Vorfeld der Abfassung wichtiger Dokumente gerade über neue EG-Themen vereinbarten. Die Werbung als Bestandteil des Programms sowie das Verhältnis von privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern wurden in der Stellungnahme ebenso problematisiert wie die Sicherstellung der Programmqualität²⁶. Zu seinen Ergebnissen gelangte der Ausschuß – und hier sind Bedenken anzumelden – ohne auf Experten von bestehenden Programmanbietern zurückzugreifen. Die an den Vorarbeiten beteiligten Sachverständigen kamen aus Interessenverbänden oder Programmverteilinstituten, hatten aber nichts mit der Herstellung und Ausstrahlung von Fernsehprogrammen zu tun. Die Aussagefähigkeit der Stellungnahme ist deshalb fragwürdig. Ähnliches gilt für die Bemerkungen des WSA zu dem Kommissionsdokument „Vorschlag für eine Verordnung des Rates über eine gemeinschaftliche Förderhilfe für Film- und Fernsehproduktionen im Bereich der Unterhaltung“²⁷. Hierzu erarbeitete der Ausschuß eine reguläre Stellungnahme²⁸, an deren Zustandekommen wiederum keine Vertreter der Film- und Fernsehproduktion aus den Mitgliedstaaten beteiligt waren²⁹. Vielleicht läßt sich dadurch erklären, daß der kulturell hochstehende europäische Spielfilm in einen falschen Gegensatz zu den amerikanischen Unterhaltungsserien gebracht wurde. Der postulierte „Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen“³⁰ muß deshalb relativierend interpretiert werden. Auf den geänderten Vorschlag des Rates hatte das WSA-Votum keinen Einfluß³¹. Berücksichtigung fanden nur Verbesserungsvorschläge, die u. a. das Europäische Parlament anregte.

Ausblick

Der neue Plenarsaal ist das auffälligste äußere Zeichen für die Anpassungsmaßnahmen des Ausschusses, die im Vollzug des EG-Beitritts von Portugal und Spanien notwendig waren. Abgesehen von den neuen Mitgliedern (12 aus Portugal und 21 aus Spanien) wird es auch bei dem WSA-Personal Veränderungen geben, ganz schnell zum Beispiel im Bereich des Sprachen- und Schreibdienstes. 1986 wird aber die Neuernennung aller Mitglieder des Ausschusses das wesentliche Ereignis sein.

Anmerkungen

- 1 Fédération des Entreprises Belges (FEB). Für den Anschlag zeichneten die Cellules Communistes Combattantes (CCC) verantwortlich.
- 2 So lautet der Untertitel, mit dem die Funktion des Ausschusses auf Dokumenten verdeutlicht wird. Diese Präzisierung beruht auf einer Eigeninitiative des WSA. Vgl. u.a. die Selbstdarstellung: Die andere Versammlung. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1986.
- 3 Der Text der Rede Gerd Muhrs ist zusammen mit Quellenangaben abgedruckt in: Die Europäische Union, das Europa der Bürger und der Wirtschafts- und Sozialausschuß, Luxemburg 1985.
- 4 Der Schlußbericht des Dooge-Komitees ist abgedruckt als Dokument Nr. 1 in diesem Band; der Schlußbericht zum „Europa der Bürger“ ist in Auszügen dargestellt in Dokument Nr. 4 in diesem Band.
- 5 Gerd Muhr, a.a.O. (Anm. 3), S. 30.
- 6 Ebenda, S. 16.
- 7 Belege dafür lassen sich nicht aufführen. Diese Einschätzung basiert auf Aussagen von führenden Mitarbeitern und Mitgliedern des WSA.
- 8 Vgl. Jahresbericht des WSA für 1985, Brüssel 1986, S. 9.
- 9 Ebenda, S. 6f.
- 10 Es wird hier Bezug genommen auf die französische Fassung vom 18. Dezember 1985 betreffend das „Resultat des travaux de la conférence des représentants des gouvernements des états membres“.
- 11 Art. 100a (Binnenmarkt); Art. 4 (Regionalpolitik); Art. 11 (Forschung und Technologie); Art. 2 (Umweltschutz); Art. 118 (Sozialpolitik). Die Angabe der Artikel bezieht sich entweder auf bestehende Verträge oder aber auf die Numerierung innerhalb der im Abschlußdokument behandelten Politikbereiche.
- 12 Die geänderten Bestimmungen sind dem Dok. CES 507/85 zu entnehmen.
- 13 Vgl. Dok. CES 54/86.
- 14 Jahresbericht des WSA, a.a.O., S. 71.
- 15 Dok. CES 602/84 fin.
- 16 Jahresbericht des WSA, a.a.O., S. 15.
- 17 Dok. CES 930/85.
- 18 Dok. CES 209/85 und Dok. CES 909/84 fin und Anlagen.
- 19 Vgl. Jahresbericht des WSA, a.a.O., S. 26.
- 20 Ebenda, S. 38.
- 21 Vgl. Dok. CES 1019/95 und Jahresbericht des WSA, a.a.O., S. 52.
- 22 Siehe ebenda, S. 57–59, und Dok. CES 931/85.
- 23 Art. 25 Absatz 2 Buchstabe b des Abkommens. Auskunft über die Themenvielfalt der Begegnung gibt das einschlägige Arbeitsdossier des WSA; vgl. Dok. CES 650/85.
- 24 Dok. KOM (84) 300 endg.
- 25 Dok. CES 776/85.
- 26 Vgl. Jahresbericht des WSA, a.a.O., S. 51.
- 27 Dok. KOM (85) 174 endg.
- 28 Dok. CES 776/85.
- 29 Mit Ausnahme eines Vertreters des europäischen Spitzenverbandes der Spielfilmproduzenten „Comité des industries cinématographiques des Communautés Européennes“. Diese Gruppe hat aber primär Interesse in Bezug auf die Kinobranche.
- 30 Vgl. Jahresbericht des WSA, a.a.O., S. 52.
- 31 Dok. KOM (85) 800 endg.

Weiterführende Literatur

- Die andere Versammlung der Gemeinschaft. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG, Brüssel: WSA 1985, 25 S.
- Brüske, Hans-Günther, Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften. Die institutionalisierte Interessenver-

- tretung als Faktor der europäischen Integration, o.O.: Schäuble-Verlag 1979, 141 S.
- Muhr, Gerd, Die Europäische Union, das Europa der Bürger und der Wirtschafts- und Sozialausschuß, Brüssel: WSA 1985, 76 S.
- Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG. Jahresbericht 1985, Brüssel: WSA 1986.